

Tytus Jaskułowski¹ | Das Fiasko eines (nie existierenden) Bruderbundes. Die Stasi und das Jahr 1989 in Polen

Der erste Teil des Titels des nachfolgenden Beitrages, der seine Formulierung den Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau vor der Wiedervereinigung zu verdanken hat², spiegelt im Wesentlichen die Enttäuschung einer ganzen Generation von Funktionären des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hinsichtlich der geheimdienstlichen Beziehungen mit der Sowjetunion wider. Sie fühlten sich 1989 vom Gründer des zweiten deutschen Staates verraten³ und zynisch ausgenutzt⁴. Jene Haltung, die verbunden war mit der ständig präsenten Hoffnung, die „alte“ Welt wiederherstellen zu können⁵, bezog sich auch auf die anderen osteuropäischen Länder, vor allem auf jene, welche die seit der Machtübernahme Gorbatschows im Jahr 1985 von ihm eingeleiteten Reformen begrüßten und somit eine gegensätzliche⁶ Position zur dogmatischen DDR-Regierung bezogen.

Den ersten Platz in dieser Gruppe von Staaten außerhalb der Sowjetunion nahm die Volksrepublik Polen ein. Trotz der formellen Freundschaft zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen war die gesamte Geschichte ihrer bilateralen Beziehungen von

¹ Der Autor habilitiert an der Technischen Universität Chemnitz und arbeitet in der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam. Er erklärt hiermit, allen rechtlichen Vorschriften nachzukommen, die den Umgang mit den Akten der ehemaligen Sicherheitsbehörden der DDR und der Volksrepublik Polen im Jahr 2019 regeln.

² Gerd König, *Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau*, Berlin 2012 (2011), S. 3.

³ Bernd Fischer, *Der große Bruder. Wie die Geheimdienste der DDR und der UdSSR zusammenarbeiteten*, Berlin 2012, S. 10.

⁴ Gabriele Gast, *Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND*, Berlin 2016, S. 373.

⁵ Werner Großmann, *Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs*, Berlin 2001, S. 315.

⁶ Reinhard Grimmer (Hg.), *Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS*, Bd. 1, Berlin 2003, S. 15.

Konflikten, Spannungen und Auseinandersetzungen geprägt.⁷ Die Kontakte der beiden Sicherheitsministerien bildeten dabei keine Ausnahme. Was ist also – neben den bekannten und in der Literatur anlässlich der Jahrestage der Friedlichen Revolution vielfach dargelegten Fakten⁸ – der Grund dafür, dass die ehemaligen Funktionäre der ostdeutschen Geheimpolizei 1989 die Haltung des damaligen Nachbarn so negativ wahrnahmen? Wie sahen die damaligen geheimdienstlichen Beziehungen aus? Wie wurde die auf Polen bezogene Stasipolitik formuliert und implementiert? Und schließlich: Wie reagierte die polnische Seite darauf?

Die Recherchen im Zuge meiner Habilitation⁹ führten zur Formulierung einiger Thesen, die das Ziel hatten, die Art und Weise der ostdeutschen geheimdienstlichen Arbeitsphilosophie in Bezug auf die polnische Wende von 1989 zu erklären. Sie zeigen ganz deutlich, dass dieses Jahr nicht als Anfang, sondern eher als Ende von Prozessen zu betrachten ist, die bereits vor 1970 begonnen hatten und die das bilaterale Verhältnis der jeweiligen Nachbarstaaten und ihrer Sicherheitsbehörden beeinflussten.¹⁰

Es wäre vielleicht übertrieben, die Analyse der geheimdienstlichen Beziehungen Volkspolens und Ostdeutschlands mit der banalen These zu beginnen, dass es sich bei der DDR um einen künstlichen Staat handelte: ohne Identität gegründet, bereits vier Jahre später vom Berliner Aufstand 1953 erschüttert und infolgedessen mit einem riesigen polizeipolitischen Apparat ausgerüstet, der mit dem Ziel geschaffen wurde, die eigene künstliche Existenz zu überwachen. Noch im Jahr 1989 instruierte der langjährige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, Stasifunktionäre dahingehend, dass das Wichtigste, worüber sie verfügten, die Macht sei. Und jene Macht musste um jeden Preis erhalten werden.¹¹

⁷ Basil Kerski u. a. (Hg.), *Przyjaźń nakazana. Stosunki między NRD a Polską 1949-1990*, Wrocław 2009, S. 17.

⁸ Tytus Jaskułowski, *Pokojowa rewolucja w NRD 1989-1990. Geneza – przebieg – efekty*, Wrocław 2006, S. 5.

⁹ Ders., *Przyjaźń, której nie było. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MSW 1974-1990*, Warszawa 2014, S. 449.

¹⁰ Ders., *Das Ministerium für Staatssicherheit und das Innenministerium der Volksrepublik Polen 1974-1990 – Grundriss einer konfliktreichen Beziehung, in: Totalitarismus und Demokratie* 11/2014, S. 267-278, hier S. 269.

¹¹ Anna Funder, *Stasiland*, Warszawa 2007, S. 258.

Diese Übertreibung ist jedoch die Quintessenz dessen, wie das MfS funktionierte. Die Hauptaufgabe dieses Ministeriums bestand darin, vor allem interne vermeintliche (und tatsächliche) Systemfeinde zu bekämpfen sowie, als Folge, die eigene Gesellschaft zu überwachen und gemäß dem Standardbefehl des bereits zitierten Mielke festzustellen, „wer ist wer“.¹² Dies darf jedoch nicht Hauptaufgabe eines Geheimdienstes sein, sondern nur einer anderen Tätigkeit dienen, nämlich der analytischen, deren Ziel es ist, die unmittelbare Umgebung jenes Geheimdienstes zu verstehen.¹³ Dazu muss man innerhalb des Dienstes in der Lage sein, mutig, objektiv und leidenschaftslos die eigenen Vorgesetzten über die tatsächliche Lage zu unterrichten sowie Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme zu unterbreiten, und zwar auch solche, die die Vorgesetzten aufgrund ihres eigenen ideologischen Standpunkts nicht teilen.¹⁴

Genau das aber konnte und wollte die Stasi nicht. Hervorzuheben ist, dass das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erst im September 1989 eine umfassende Änderung der Informationspolitik des MfS in Bezug auf die innere Situation der DDR beschloss.¹⁵ Dem MfS stand auf polnischer Seite ein schwächeres und kleineres Innenministerium (*Ministerium Spraw Wewnętrznych*, MSW) gegenüber, das jedoch ein handlungsfähiger Geheimdienst war, dessen oberstes Gebot lautete, die eigene politische Macht, jedoch nicht das Festhalten an der Ideologie zu sichern – falls nötig auch durch Verhandlungen mit der politischen Opposition.¹⁶ Und bereits in den 1980er-Jahren, was polnische Quellen belegen, informierten die in der DDR aktiven MSW-Auslandsaufklärer ihren Dienst darüber, dass es innerhalb des MfS eine Gruppe gab, die den Ernst der Lage Ostdeutschlands verstand und, mehr noch, die Aktivitäten der polnischen Regierung, eine Demokratisierung des eigenen Landes durchzuführen, begrüßte. Doch diese Gruppe war innerhalb der Stasi eine absolute Minderheit. Die Mehrheit sowie die politi-

¹² Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 138.

¹³ Joseph Uri Bar/Rose McDermott, *Intelligence Success and Failure. The Human Factor*, Oxford 2017, S. 9.

¹⁴ Nigel West, *At Her Majesty's Secret Service. The Chiefs of Britain's Intelligence Service MI6*, Barnsley 2016, S. 149.

¹⁵ Jens Gieseke, *Die Stasi 1945-1990*, München 2011, S. 160.

¹⁶ Ryszard Terlecki, *Miecz i tarcza komunizmu. Historia aparatu bezpieczeństwa w Polsce 1944-1990*, Kraków 2009, S. 330.

sche Führung akzeptierten weder die polnische Politik noch die durchaus pragmatische Arbeitsweise des MSW.¹⁷

Die beschränkte analytische Fachkompetenz des MfS in Bezug auf Polen stand in engem Zusammenhang mit ihrer ideologischen operativen Handlungsphilosophie. Zwar blieb die Volksrepublik ein Verbündeter, ebenso das dortige Innenministerium. Doch die ständigen politischen Turbulenzen ab 1970, die alles andere als dogmatische Ausrichtung des politischen Systems in Polen sowie die dort vorhandenen und in der DDR kaum geduldeten politischen Freiheiten trugen dazu bei, dass das MfS spätestens ab 1976 eine aggressive Polenpolitik betrieb. Diese hatte nicht nur das Ziel, Ostdeutschland von den Freiheitsbestrebungen der polnischen Bevölkerung abzuschirmen, sondern sie sollte auch jene Kräfte in der polnischen Staatspartei, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*) unterstützen, die eine ultrakonservative Variante des Kommunismus in Polen sehen wollten.¹⁸ Dies bedeutete auch eine entsprechend ideologisch gefärbte Berichterstattung der Stasi über die Situation in Polen, spätestens seit der Entstehung der „Solidarność“ im Jahr 1980.¹⁹ Genauso wichtig waren die aggressiven Methoden der Informationsgewinnung in Polen, die jedoch vom Innenministerium nicht geduldet werden konnten. Insofern unterschied sich das Jahr 1989 prinzipiell nicht von 1980, obwohl die innenpolitische Situation in Ostdeutschland definitiv komplizierter wurde. Nach wie vor blieb Polen ein Schlachtfeld, auf dem die Konterrevolution mit den progressiven Kräften kämpfte und wo seit 1985 jene Konterrevolution die Oberhand gewann²⁰, unterstützt durch die gefährliche Politik Michail Gorbatschows. Hervorzuheben wäre nur, dass das

¹⁷ Tytus Jaskułowski, *NRD w oczach szpiega. Pokojowa rewolucja w Niemczech Wschodnich 1989-1990 w raportach polskiego wywiadu. Wybór źródeł*, Berlin 2015, S. 23.

¹⁸ Filip Gańczak, *Polski nie oddamy. Władze NRD wobec wydarzeń w PRL 1980-1981*, Warszawa 2017, S. 213.

¹⁹ Tytus Jaskułowski, *Polen im Blick. Die Bewertung der Lage in Polen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR 1981-1983*, in: *Die DDR und die Solidarność. Ausgewählte Aspekte einer Beziehung*, hg. v. Joachim Hermann, Dresden 2013, S. 83-93, hier S. 91.

²⁰ Aufgrund der rechtlichen Bestimmungen werden im Beitrag die verkürzten Archivsignaturen der Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) sowie des Institutes des Nationalen Gedenkens (IPN) verwendet. BStU/ZA/MfS/ZAIG, Nr. 13852, S. 28.

Ausmaß der politischen Umgestaltung Polens sowie die immer schwierigere Lage in der DDR dazu beitragen, das MfS zu der Einschätzung zu bringen, dass Polen als sozialistisches Land im Grunde verloren war und dass das Einzige, was zu tun war, die aggressive Gestaltung der zwar sichtbaren, aber im politischen Geschäft des Jahres 1989 irrelevanten protokollarischen Arroganz blieb.²¹

Der politische Dogmatismus in der Arbeitsweise des MfS kollidierte mit den Realitäten auf der Ebene der bis 1990 existierenden operativen Zusammenarbeit beider Sicherheitsbehörden. Diese lässt sich am treffendsten als schizophoren bezeichnen. Formell gesehen – was auf die bereits 1980 erlassenen Befehle Mielkes zurückzuführen ist²² – war das Ziel des MfS, in Polen operativ Informationen zu sammeln, und zwar auch solche, die die polnischen Interessen belasten und dazu beitragen würden, die polnische Position innerhalb des Warschauer Paktes zu schwächen. Die Art und Weise, wie die Volksrepublik Polen funktionierte, war aus Sicht der Stasi inakzeptabel. Andererseits gilt: Hätte es jene Volksrepublik in der damaligen Form nicht gegeben, auch und besonders im Jahr 1989, hätte sie das MfS genau in dieser inakzeptablen Form erfinden müssen. Polen, das sich so gravierend von der DDR unterschied und dessen Niveau relativer Freiheiten kaum mit dem ostdeutschen Überwachungssystem zu vergleichen war, blieb, neben anderen Zentren der Spionagekämpfe des Kalten Krieges wie Österreich oder Jugoslawien, besonders gut dazu geeignet, komplexe Operationen durchzuführen, etwa den NATO-Geheimdiensten ostdeutsche Doppelagenten anzubieten oder komplizierte Überwachungsmaßnahmen gegen westliche diplomatische Vertretungen zu realisieren.²³ Nun konnte man jedoch nicht erwarten, dass der polnische Partner jene doppelten Aktivitäten ohne Gegenreaktion ließ, was auch einigen Stasimitarbeitern klar war und was sie in den 1980er-Jahren auch den eigenen Vorgesetzten mitteilten.²⁴

²¹ Zbigniew Siemiątkowski, *Wywiad a władza. Wywiad cywilny w systemie sprawowania władzy politycznej PRL*, Warszawa 2010, S. 354.

²² BStU/ZA/MfS HA II/Stab, Nr. 3191, S. 11.

²³ Jan Bury, *Finding Needles in a Haystack: The Eastern Bloc's Counterintelligence Capabilities*, in: *International Journal of Intelligence and Counter Intelligence* 4/2012, S. 727-770, hier S. 730.

²⁴ Tytus Jaskułowski, *Spione wie ihr! Groteskes und Kurioses in der geheimen Welt zwischen DDR und Polen 1970-1990*, Berlin 2018, S. 50.

Ohne Zweifel war das polnische Innenministerium quantitativ gesehen kaum mit dem MfS zu vergleichen. Trotzdem arbeitete das MSW mit den gleichen Methoden wie die Stasi, kannte die prinzipiellen Schwächen und Stärken autoritärer Systeme, weil es sie ja auch mitgestalten musste. Und es nutzte dieses Wissen nicht nur, um die Arbeit der Stasi in Polen zu blockieren²⁵, sondern auch, um in Ostdeutschland eigene Aktivitäten zu entfalten. Die mit Gesamtdeutschland befassten polnischen Funktionäre gehörten der Elite der Aufklärung beziehungsweise Spionageabwehr an. Sie agierten völlig ideologiefrei und versuchten, die Lage in Ostdeutschland zu verstehen. Um die eigenen Interessen durchzusetzen, ignorierten sie auch eklatante Brüche von bilateralen Vereinbarungen seitens der Stasi. Sie vergaßen diese jedoch nicht und konnten, etwa im Fall von enttarnten ostdeutschen Agenten in der Volksrepublik Polen, blitzschnell zurückschlagen.²⁶ Sie sammelten umfassende Informationen über die offensive Arbeit des MfS in Bezug auf Polen, hauptsächlich mit der besonders ab 1985 immer stärker werdenden Absicht, die Entwicklungen im zweiten deutschen Staat genauer zu beobachten, nicht nur wegen der ostdeutschen Versuche, die polnischen Reformen zu beeinflussen, sondern um die aus Sicht des MSW unvermeidbare deutsche Wiedervereinigung entsprechend früh zu erkennen und auszunutzen.²⁷ Insofern war die politische Wende in Polen auch ein Höhepunkt der geheimen Auseinandersetzung zwischen den vermeintlich befreundeten Diensten, ohne das auf der öffentlich-politischen Ebene übliche „Freundschaftstheater“²⁸ aufführen zu müssen.

In der Wahrnehmung der Stasi prägten also vier Hauptdimensionen das Jahr 1989 in Polen. Erstens die offiziellen Beziehungen auf der geheimdienstlichen Ebene. Zweitens die in der Stasi deutlich unterschätzte Quintessenz der geheimdienstlichen Arbeit, nämlich die analytische Berichterstattung des MfS über die Lage in Polen, sowie drittens die klassischen, rein operativen Aspekte der bilateralen Beziehungen. *Last but not least* war auch das Verhalten der Betroffenen ein Bestandteil der Stasipolitik in

²⁵ IPN BU 01228/3005, S. 56.

²⁶ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 411.

²⁷ Ders., *Wywiad PRL wobec przesilenia politycznego w NRD i planów zjednoczenia Niemiec (Archiwum dyplomatyczne)*, in: *Sprawy Międzynarodowe* 4/2010, S. 106-118, hier S. 107.

²⁸ Kerski, *Przyjaźń nakazana*, S. 37.

der Zeit der Wende, also das des Innenministeriums, und zwar sowohl in seiner aktiven, operativen als auch in der passiven, prognostisch-analytischen Form. In der Tat trug die negative politische Haltung der DDR gegenüber Gorbatschow²⁹ dazu bei, dass alle bilateralen Dimensionen jener Kontakte beschränkt wurden. Was bedeutete das jedoch konkret im Jahr 1989?

Ohne Zweifel wurden alle rechtlich-formellen Grundlagen der vorgesehenen Kontakte deutlich bescheidener, und zwar nicht nur in der rein protokollarischen Form. Die für das Jahr 1989 vorgesehene Zahl der offiziellen Begegnungen sank. Besuche wichtiger Delegationen wurden abgesagt. Bereits in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre fielen die vereinbarten Pläne zur Zusammenarbeit knapper aus.³⁰ Zwar versuchte die polnische Seite, die Reste der betriebsbedingten protokollarischen Höflichkeit zu wahren, indem sie etwa die in aus ihrer Sicht kritischen Bereichen, nämlich der Auslandsaufklärung, tätigen ostdeutschen Offiziere mit hohen staatlichen Orden auszeichnete.³¹ Dies wurde jedoch getan, um sich die spätere Hilfe der Stasi zu sichern, etwa bei der Evakuierung eigener Agenten aus Westdeutschland. Polen fungierte in den Formulierungen der Stasi 1989 grundsätzlich als „Problemland“, und zwar bereits in den ersten öffentlichen Aussagen der führenden Stasimitarbeiter, die diese während der Friedlichen Revolution machten.³²

Der Grund dafür lag sicher nicht nur darin, dass sich der polnische Innenminister, General Czesław Kiszczak, konsequent weigerte, die 1974 geschlossene allgemeine Vereinbarung über die Zusammenarbeit Ende der 1980er-Jahre neu zu definieren. Deutlich relevanter waren klare Signale der polnischen Seite, dass die Situation im Lande, vor allem auch die wirtschaftliche, ohne eine grundlegende Demokratisierung kaum verbessert werden könne.³³ Dies wurde auf allen Ebenen mitgeteilt, auch während der letzten Begegnung der beiden Minister in der zweiten Hälfte des Jahres 1988. Mielke war jedoch nicht imstande zu verstehen, dass die Argumente, die auch später noch von polnischer Seite vorgebracht

²⁹ Burkhard Olschowsky, *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980-1989*, Osnabrück 2005, S. 643.

³⁰ BStU/ZA/MfS HA XVIII, Nr. 14654, S. 13.

³¹ Jaskułowski, *Spione*, S. 338.

³² Ders., *Przyjaźń*, S. 124.

³³ BStU/ZA/MfS ZAIG, Nr. 13626, S. 1 ff.

wurden, etwa am 15. September 1989 von Kiszczak in Gesprächen mit offiziellen Stasivertretern in Warschau³⁴, eigentlich genauso auf die DDR zutrafen. Es ging dabei um die Wirtschaft, die nicht mehr so funktionieren konnte wie vor 1989, sowie um die Behauptung, dass die Staatsparteien Osteuropas nicht mehr den Willen ihrer jeweiligen Gesellschaft vertraten, oder auch darum, dass Politiker nicht immer geeignet seien, die damaligen Herausforderungen anzunehmen. Neben seiner immer arroganteren, wenn nicht gar beleidigenden Bewertung der polnischen Delegationen 1989³⁵, lehnte Mielke die polnischen Reformen jedoch grundsätzlich ab und warf der polnischen und sowjetischen Seite Verrat an den sozialistischen Idealen vor. Noch deutlicher waren 1989 angeblich mündliche Warnungen der polnischen Seite, die der kaum überprüfbaren Erinnerungsliteratur polnischer Mitarbeiter der Auslandsaufklärung zu entnehmen sind.³⁶

Formell gesehen waren die angesprochenen Verhaltensweisen Mielkes³⁷ nicht nur ein relativ gut bekannter Ausdruck seines Hochmuts und seiner Arroganz. Bereits Ende 1988 wurden auf der Basis von schon im Jahr 1980 konzipierten und nach der Einführung des Kriegsrechts benutzten Befehlen neue Vorlagen ausgearbeitet, die eine weitere aggressive Aufklärungsaktion vorsahen, sollte es in der Volksrepublik Polen zu einer neuen unkontrollierten Wende kommen. Es waren unter anderem ähnliche Maßnahmen vorgesehen³⁸, wie sie nach dem 13. Dezember 1981 angewendet wurden, etwa umfassende Grenzkontrollen und spezielle Befragungen der in Polen tätigen Agenten beziehungsweise Dienstreisenden. Gleich blieb auch das Ziel der geplanten Schritte, nämlich die wirksame Abschirmung der ostdeutschen Bevölkerung von dem Einfluss der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, die die Existenz der DDR hätte gefährden können. Diese Maßnahmen konnten jedoch weder die Friedliche Revolution in der DDR stoppen noch die interne Stasiberichterstattung über die Volksrepublik Polen 1989 beeinflussen. Hervorzuheben

³⁴ Włodzimierz Borodziej, *Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwa NRD wobec PRL. Wstępny zarys problematyki*, in: *Polska-Niemcy-Europa. Księga Jubileuszowa z okazji siedemdziesiątej rocznicy urodzin Profesora Jerzego Holzera*, hg. v. Józef Fiszer u. a., Warszawa 2000, S. 120.

³⁵ Siemiątkowski, *Wywiad a władza*, S. 354.

³⁶ Agnieszka Kubik/Wojciech Czuchnowski, *Kret w Watykanie. Prawda Turowskiego*, Warszawa 2013, S. 282.

³⁷ Jaskutowski, *Spione*, S. 93.

³⁸ BStU/ZA/MfS HA VI, Nr. 9534, S. 34.

ist auch, dass jene Vorlagen 1989 keine Chance mehr hatten, implementiert zu werden. Der Exodus der ostdeutschen Bürger, die ab dem Sommer 1989 illegal die ostdeutsch-volkspolnische Grenze passierten, um die westdeutsche Botschaft in Warschau zu erreichen, belegt dies. Die Tatsache, dass jene Flüchtlinge grundsätzlich nicht ausgeliefert werden mussten und dadurch entsprechende Vereinbarungen des MSW mit der Stasi gebrochen wurden, war die Entscheidung der ersten nichtkommunistischen polnischen Regierung. Sie galt aber auch als symbolische Antwort des MSW auf Jahrzehnte der offensiven und gegen Polen gerichteten operativen Maßnahmen³⁹ sowie als symbolisches Ende der politischen Beziehungen beider Ministerien. Formell wurden jene Beziehungen 1990 auch nicht vom MSW und vom MfS, sondern von beiden Außenministerien eingestellt.

Was wurde der politischen SED-/MfS-Führung über die Vorgänge in Polen 1989 berichtet? Eine kompakte Antwort könnte lauten, dass sich der Informationstenor des MfS lediglich in der Zahl der Berichte von der Periode des Kriegsrechts unterschied. Bereits Anfang Januar 1987⁴⁰ wurde die separate Analyse der Lage in Polen auf der Ebene der Zentralstelle des MfS und der dort tätigen Auswertungseinheiten beendet. Damit beschäftigten sich fortan nur die Botschaft in Warschau sowie die dort unter der diplomatischen Tarnung bestehende Stasiniederlassung. Entsprechende Dokumente fielen auch deutlich kürzer aus als noch 1981, als über jede noch so kleine Demonstration in Polen ohne kritische Betrachtung akribisch berichtet wurde.⁴¹ Sonst änderte sich nichts, obwohl das MfS zum Teil über sehr wertvolle und operativ in der Bundesrepublik gewonnene Berichte in Bezug auf Polen verfügte. Mehr noch, die Lagebewertungen der ostdeutschen Botschaft in Warschau waren objektiver und kompetenter als die des MfS.⁴² Die politische Weltanschauung der Stasiführung, aber auch die Tatsache, dass diejenigen, die gewagt hätten, die polnische Lage ideologiefrei zu bewerten – etwa der ehemalige Chef der Stasiaufklärung, Markus Wolf – nicht mehr dort dienten, führte dazu, dass alte Klischees wieder aufgegriffen wurden. Es dominierte eine subjektive Faktenrezeption, nach Mög-

³⁹ Tytus Jaskułowski, *Die Flucht aus der DDR über Polen im Jahr 1989*, in: *Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik* 2/2011, S. 11-14, hier S. 14.

⁴⁰ BStU/ZA/MfS/ZAIG, Nr. 13160.

⁴¹ BStU/ZA/MfS/ZAIG, Nr. 13302.

⁴² BStU/ZA/MfS/HVA, Nr. 52, Teil 1, S. 125.

lichkeit in Verbindung mit Ereignissen, die die Thesen über die Dominanz der Konterrevolution belegen konnten. Somit konnten die revisionistischen, opportunistischen sowie rechten Kräfte in der polnischen Staatspartei die führende Rolle übernehmen und den Sozialismus beseitigen.⁴³ Die vom Westen finanzierte Opposition war in der Lage, an die Macht zu kommen. Und das Ganze passierte innerhalb einer passiven Gesellschaft, die sich kaum für Politik interessierte.⁴⁴

Hervorzuheben an der jeweiligen Berichterstattung ist auch die aus heutiger Sicht kaum glaubwürdige Wahrnehmung der wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1989 in Polen. Dass die Gespräche am Runden Tisch als Niederlage des Sozialismus dargestellt wurden, ist vielleicht noch nachvollziehbar.⁴⁵ Doch Behauptungen, dass jene Gespräche monatelang dauerten, dass Jaruzelski noch Anfang August 1989 die Macht nicht sichern konnte oder dass die Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 4. Juni 1989 90 Prozent erreichte⁴⁶, hatten mit der tatsächlichen Lage des Landes nichts zu tun. Topmeldungen aus den inneren Kreisen der politischen Machtzentren ersetzten außerdem die wenig überarbeiteten Kommentare, die in der Parteizeitung *Trybuna Ludu* zu finden waren. Die Berichte der Auslandsaufklärung jedoch, die nicht diesem Bild entsprachen, hatten – was die Verteiler⁴⁷ zeigten – keine Chance, von den Entscheidungsträgern des MfS und der SED gelesen zu werden, obwohl sie sehr interessant und vergleichsweise ideologiefrei waren. Dies konnte aber auch nicht anders sein, wenn in der Zeit des Niedergangs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, also Ende Oktober 1989⁴⁸, aus Stasisicht nicht das, was im Lande geschah, relevant war, wie etwa die wirtschaftliche Umgestaltung der Mazowiecki-Regierung, sondern die Lage der polnischen Staatspartei, die keine mehr war.

Wurde die bilaterale geheimdienstliche Kooperation 1989 auch so geführt wie die Berichterstattung? Auf keinen Fall. Quantitativ beschränkte Operationen waren klar zu erkennen, sowohl auf der institutionellen Ebene als auch auf der Ebene der realisierten

⁴³ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 428.

⁴⁴ BStU/ZA/MfS/ZAIG, Nr. 13528.

⁴⁵ Olschowsky, *Einvernehmen*, S. 588.

⁴⁶ BStU/ZA/MfS/ZAIG, Nr. 13186 und 13987.

⁴⁷ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 179.

⁴⁸ BStU/ZA/MfS/HA XVIII, Nr. 5713, S. 33.

Vorgänge. Im Jahr 1989 wurde auf ostdeutscher Seite die Entscheidung getroffen, die bilaterale Kooperation zu beschränken. Sie war fortan nur noch im Bereich der Spionageabwehr und Auslandsaufklärung möglich.⁴⁹ Die Zahl der konkreten Projekte schrumpfte auf ein Minimum, obwohl schon die frühere operative Zusammenarbeit nur als „relativ bescheiden“ beschrieben werden kann. Ende November 1989 standen lediglich neun bilaterale Vorgänge⁵⁰ auf der Tagesordnung. Zum Vergleich: Jährlich eröffnete eine „typische“ Abteilung der ostdeutschen Spionageabwehr bis zu 250 Ermittlungen.⁵¹ Beide Ministerien schlossen *de facto* die laufenden Projekte ab, indem sie die letzten sogenannten Anbieter⁵² in die westlichen Botschaften schickten, um diese zu desinformieren, und sie hörten auch auf, verdächtige Personen zu beobachten⁵³, vor allem wegen der neuen politischen Lage und der Tatsache, dass die Revolution in der DDR verständlicherweise auch eine Interessenverschiebung westlicher (und auch polnischer) Geheimdienste mit sich brachte. Nicht ohne Bedeutung war auch die Tatsache, dass die Vereinbarungen, in denen konkrete Operationen aufgelistet waren, nur bis zum 31. Dezember 1989 galten.⁵⁴ Seit 1988 war außerdem die Tendenz zu beobachten, dass das MSW die Stasi immer spärlicher darüber informierte, welche Operationen es auf dem aus Sicht der Stasi relevanten Gebiet, nämlich der Bundesrepublik, durchführen wollte.⁵⁵

Neben der rein operativen Seite unterhielten beide Ministerien einen üblichen Informationsaustausch. Es handelte sich dabei um Beschreibungen von Operationen der NATO-Geheimdienste⁵⁶, Hinweise über festgestellte geheimdienstliche Aktivitäten der in der DDR und in der Volksrepublik Polen tätigen westlichen Diplomaten oder Analysen der Verratsfälle auf polnischer Seite. Außerdem wurden politische Analysen ausgetauscht sowie kleine Hinweise, etwa über den Personenverkehr, wenn aus Sicht eines der Ministerien operativ interessante Personen betroffen waren.⁵⁷

⁴⁹ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 124.

⁵⁰ BStU/ZA/MfS HA II, Nr. 38928, S. 147.

⁵¹ Grimmer, *Die Sicherheit*, Bd. 1, S. 435.

⁵² BStU/ZA/MfS HA II/10, Nr. 717, S. 3.

⁵³ IPN BU 0655/8, S. 5.

⁵⁴ IPN BU 0655/7, S. 6.

⁵⁵ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 196.

⁵⁶ BStU/ZA/MfS HA I, Nr. 14626, S. 96.

⁵⁷ BStU/ZA/MfS HA II/10, Nr. 737, S. 2.

Diese Arten der Zusammenarbeit hatten jedoch noch eine andere, wenig professionelle Seite. Die politischen Informationen waren nicht immer relevant und bezogen sich zum Beispiel auf Länder der Dritten Welt. Konsequenterweise nutzte man die Residenten – also geheimdienstliche, aber legale Vertreter beider Länder – als Verbindungsbüros, die alle möglichen und nicht geheimen Geräte besorgen sollten, etwa zahnärztliche Ausstattung, und zwar sogar in der turbulentesten Zeit der ostdeutschen Revolution.⁵⁸ In jener Zeit war das MfS obendrein dazu gezwungen, der polnischen Seite Zahlungsaufforderungen zuzustellen, weil das MSW die Rechnungen für die in der DDR bestellten Spionagegeräte gewohnheitsmäßig nicht zahlte. Letztlich wurde jedoch alles bezahlt, in bar. Und die Gesamtsumme lag deutlich über mehreren Hunderttausend DM.⁵⁹

Das faktische Ende der Kooperation bedeuteten weder die Kündigung der Ministerialvereinbarung über die Kooperation, die das DDR-Außenministerium 1990 vornahm, noch das Auslaufen der nicht aktualisierten Verzeichnisse der laufenden Operationen. Relevanter waren Verbote, der polnischen Seite Zugang zu den Prozessen der wegen Spionage in der DDR verurteilten polnischen Bürger zu gewährleisten⁶⁰, und die mit einem Erfolg des MSW beendete geheimdienstliche Auseinandersetzung gegeneinander, die im Schatten des bilateralen Regierungstreits über den Seegrenzverlauf in der Nähe von Stettin geführt wurde.⁶¹ Genauso wichtig blieb die Wahrnehmung der DDR durch die polnische Auslandsaufklärung.

Die analytische Berichterstattung des MSW in Bezug auf Ostdeutschland bestand neben der klaren Mitteilung, dass die DDR die polnischen Reformen nicht blockieren konnte, aus folgenden Elementen: Zuerst einmal wurde eine klare, seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung signalisiert, die die Staatsführung nicht bemerken wollte. Dies müsse zu einer unberechenbaren Wende führen, bei der jedoch nicht die alternativen, sprich oppositionellen beziehungsweise kirchlichen Kräfte eine dominierende Rolle spielen sollten,

⁵⁸ BStU/ZA/MfS Abt. X, Nr. 665, S. 154.

⁵⁹ IPN BU 1619/339; IPN BU 1619/996.

⁶⁰ IPN BU MSW II 15361/69.

⁶¹ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 341.

sondern der Lebensstandard der Bundesrepublik.⁶² Wichtig war dies insofern, als die ostdeutsche Wirtschaft immer schwächer wurde und nicht mehr in der Lage war, die bisherige Sozialpolitik zu finanzieren. Eine unmittelbare Folge dessen mussten dann personelle Veränderungen an der Spitze der SED sein, wo zu Recht Egon Krenz und Hans Modrow als mögliche, jedoch nur temporäre⁶³ Nachfolger Honeckers präsentiert wurden.

Wenn man die oben dargestellten Thesen betrachtet, konnte die Friedliche Revolution für das MSW keine Überraschung sein, ebenso wenig die fundamentale Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik, die im Jahr 1989 nicht nur theoretisch die Möglichkeit der Wiedervereinigung erwog.⁶⁴ Versuche der ostdeutschen Parteiführung, ab Sommer 1989 Reformen durchzuführen, bezeichnete man als unrealistisch; zu Recht wies man auch darauf hin, dass die deutsch-deutsche Annäherung zuerst auf der wirtschaftlichen und dann auf der politischen Ebene erfolgen würde. Und *last but not least* suggerierte man in Polen bereits Ende 1989, dass die Dynamik der ostdeutschen Revolution die damalige politische Ordnung Europas infrage stellen würde.⁶⁵

In der Tat existierte die DDR zwölf Monate später nicht mehr. Mielke saß bereits am 7. Dezember 1989 in Untersuchungshaft. Und an der Spitze des MSW stand damals nach wie vor General Kiszczak – derselbe, der Mielke 1982 zu überzeugen versucht hatte, dass man die eigene Gesellschaft nicht mit Hilfe von Bajonetten regieren kann.⁶⁶ Und vielleicht erklärt genau diese Tatsache die Enttäuschung der Stasifunktionäre am besten.

Abstract

GDR's State Security and Poland in 1989

Irrespective of how controversial this observation might seem, the intelligence services systems of the People's Republic of Poland and the German Democratic Republic did not develop

⁶² Ders., *Rewolucja*, S. 69 ff.

⁶³ Ebd., S. 105.

⁶⁴ Ebd., S. 88.

⁶⁵ Ebd., S. 110.

⁶⁶ Jaskułowski, *Przyjaźń*, S. 142.

a significant level of mutual cooperation in 1989, mainly due to the insurmountable political differences. The article discusses the problems of East German intelligence measures taken in the area of, broadly understood, 'peaceful revolution' in Poland. It was possible to retrace these problems through the research conducted at the Poland's National Remembrance Institute [IPN] and the German Stasi Records Agency [BStU]. Comparative analysis of the material from both sources has made it possible to present all the forms of what was referred to as 'cooperation' as well as the antagonisms occurring between the security services in both countries.